

"Pläne für eine schnelle europäische Eingreiftruppe" in Frankfurter Allgemeine Zeitung
(24. November 1999)

Quelle: Frankfurter Allgemeine Zeitung. Zeitung für Deutschland. 21.11.1999. Frankfurt/Main: FAZ Verlag GmbH.

Urheberrecht: (c) Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH

All rights reserved. Provided by Frankfurter Allgemeine archiv.

URL:

[http://www.cvce.eu/obj/"plane_fur_eine_schnelle_europaische_eingreiftruppe"_in_frankfurter_allgemeine_zeitung_24_november_1999-de-992be708-2f8a-4d4c-b024-3585e987e51a.html](http://www.cvce.eu/obj/)

Publication date: 20/09/2012

Pläne für eine schnelle europäische Eingreiftruppe

„Bundeswehr muss für Kriseneinsätze noch vorbereitet werden“ / WEU-Treffen in Luxemburg

Ho. LUXEMBURG, 23. November. Die Pläne für das Aufstellen schneller europäischer Eingreiftruppen, die von Fall zu Fall auch ohne Rückgriff auf die Nato zur Krisenverhütung und Konfliktbewältigung eingesetzt werden können, nehmen mehr und mehr Gestalt an. Die Außen- und Verteidigungsminister des Verteidigungsbündnisses Westeuropäische Union (WEU) haben sich am Dienstag in Luxemburg dafür ausgesprochen, die nötigen Entscheidungen dafür schon bis Ende nächsten Jahres zu treffen. Spätestens bis zum Jahr 2002 oder 2003 sollen die Streitkräfte der WEU-Staaten in die Lage versetzt werden, Truppen für Kampfeinsätze bei der Krisenbewältigung, bei Rettungseinsätzen und friedenserhaltenden Maßnahmen – die so genannten Petersberg-Aufgaben – möglichst rasch zusammenzustellen. Vergangene Woche hatten sich bereits die Außen- und Verteidigungsminister der Europäischen Union (EU) für einen Stufenplan mit demselben Ziel ausgesprochen.

Noch bevor das auf den Brüsseler Vertrag von 1948 zurückreichende Verteidigungsbündnis WEU, das im Schatten der Nato weder eine politische noch eine militärischen Bedeutung gewinnen konnte, in die EU eingegliedert wird, haben die Beratungen in Luxemburg schon jetzt die enge Verklammerung deutlich gemacht. Dieser Schulterschluss kommt besonders in der Person des Hohen Beauftragten für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU, Solana, zum Ausdruck. Der Spanier wurde vergangene Woche auch zum WEU-Generalsekretär ernannt und wird sein Amt am Donnerstag in Brüssel übernehmen. Solana soll seine Erfahrungen als früherer Nato-Generalsekretär bei der konkreten Gestaltung der europäischen Sicherheits- und Verteidigungsidentität nutzen und auf dem bevorstehenden EU-Gipfeltreffen in Helsinki ein entsprechendes Mandat der Staats- und Regierungschefs erhalten.

Zum engeren Kreis der WEU gehören zehn EU-Mitgliedsländer, die die politische Triebkraft für das Aufstellen europäischer Eingreiftruppen sind. Dazu gehören vor allem Großbritannien, Frankreich und Deutschland. Die vier neutralen EU-Partner Österreich, Schweden, Irland und Finnland sowie das Nato-Mitglied Dänemark haben den Status von Beobachtern; ob sie sich an der Streitmacht beteiligen werden, ist noch offen. Dänemark hat schon Bedenken geltend gemacht, während Österreich zu den Befürwortern des auf einen britischen Vorschlag zurückgehenden Vorhabens gehört. Sechs europäische Nato-Länder, darunter auch Ungarn, Polen und die Tschechische Republik, sind assoziierte Mitglieder, die den Plänen aufgeschlossen gegenüberstehen. Schließlich genießen sieben

mittel- und osteuropäische EU-Beitrittskandidaten bei der WEU den Status „assoziiierter Partner“. Die Außen- und Verteidigungsminister aller 28 Länder waren am Dienstag in Luxemburg zugegen.

Bundesverteidigungsminister Scharping war sich mit dem französischen Verteidigungsminister Richard darin einig, dass die WEU bei allen Defiziten beachtliche Fähigkeiten für Kriseneinsätze besitze. Dies habe sie während der ersten Phase des Kosovo-Krieges bewiesen. Auch jetzt stellten die Europäer 85 Prozent der Kfor-Truppen im Kosovo, wo sie ihre Eignung für friedenserhaltende Einsätze bewiesen, sagte Scharping. Die Defizite sieht er vornehmlich bei der Aufklärung, beim Transport und in der Führung; deswegen seien die Europäer für Petersberg-Aufgaben heute noch nicht geeignet.

Fachleute weisen allerdings darauf hin, dass lediglich die britische Armee – in geringerem Maß auch die französischen Streitkräfte – für solche Einsätze ausgerüstet sei. Die Bundeswehr hingegen muss für Krisenaufgaben erst noch vorbereitet werden; sie besitzt weder moderne Abstandswaffen noch Transportflugzeuge, die den Aufgaben gewachsen sind. Nach den Worten Richards hat eine nüchterne Bestandsaufnahme der WEU ergeben, dass 100 000 Mann, 500 Flugzeuge, davon 300 Kampffjets sowie eine nicht zu vernachlässigende Zahl von Schiffen für Kampfeinsätze zur Verfügung stünden. Im konkreten Fall sei darauf hinzuwirken, dass ein Korps 50 000 bis 60 000 Mann sowie 300 bis 500 Flugzeuge (davon 150 bis 300 Kampffjets) und 15 große Kampfschiffe umfassen müsse. Auch Richard lässt keinen Zweifel daran, dass die

Europäer ihre operationellen Kapazitäten rasch verbessern müssten, damit sie nach dem Ende des Kalten Krieges für Kriseneinsätze auch ohne die Hilfe der Nato fähig würden. Die Allianz profitiere von einer solchen europäischen Streitmacht. Die sich abzeichnende EU-Sicherheits- und Verteidigungspolitik sei keine Festung; nach den Kölner Beschlüssen der Staats- und Regierungschefs stehe sie allen assoziierten Partnern offen.

Nach den Vorstellungen Scharpings und Richards soll das bereits bestehende Eurokorps, dem 55 000 Mann aus den beteiligten Streitkräften Deutschlands, Frankreichs, Spaniens, Belgiens und Luxemburgs unterstellt sind, eine zentrale Rolle übernehmen, vor allem was die Kommandostrukturen angeht. Es gehe nicht um das Aufstellen neuer Einheiten als vielmehr um das Zusammenstellen von Truppenteilen, die für solche Einsätze trainiert und ausgerüstet seien. Je rascher ein Korps zusammengestellt werden könne, um so stärker sei seine politische Wirkung, sagte Scharping; wenn die Truppe sich erst dann bilde, wenn die Krise bereits da sei, könne sie sogar zur ihrer Verschärfung beitragen. Zu den Defiziten der Bundeswehr wies Scharping, mit einem Seitenblick auf Finanzminister Eichel, darauf hin, dass die deutschen Verteidigungsausgaben lediglich 1,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts erreichten; in Großbritannien und Frankreich lägen sie bei 2,6 bis 2,8 Prozent. Deutschland sei das größte EU-Land, habe aber die kleinste Armee. Gemessen an der Bevölkerung, habe selbst Luxemburg eine größere Streitmacht.



Bundesverteidigungsminister Scharping und die luxemburgische Außenministerin Polfer

Foto Reuters